

Förderung der Betriebsrenten wird in voller Höhe verlängert

Müntefering kippt überraschend Befristung – Arbeitgeber sind euphorisch

KARL DOEMENS | BERLIN

Der geballte Protest von Arbeitgebern und Gewerkschaften hatte am Ende Erfolg: Nach jahrelangen Diskussionen über die Zukunft der betrieblichen Altersversorgung ist die Bundesregierung nun entschlossen, die Förderung unverändert über 2009 hinaus fortzusetzen. „Ich habe die Bedingungen für die Fortführung der bisherigen Förderung gründlich geprüft. Ich meine, wir sollten uns für sie entscheiden“, sagte Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) gestern dem Handelsblatt. Zuvor hatte er im Gewerkschaftsrat der SPD nach Teilnehmerangaben überraschend angekündigt, es bleibe alles so, wie es ist.

Seit der Riester-Reform von 2001 können Arbeitnehmer bis zu vier Prozent ihres beitragspflichtigen Einkommens direkt in eine betriebliche Altersvorsorge stecken, ohne darauf Sozialbeiträge entrichten zu müssen. Die Befreiung der so genannten „Entgeltumwandlung“ von den Abgaben ist per Gesetz aber bis Ende 2008 befristet. Lange hatte Müntefering wegen der milliardenschweren Einnahmeausfälle der Renten- und Krankenkassen an dem Auslaufen festgehalten. Im März deutete er erstmals Kompromissbereitschaft an, und im Mai versprach sein Staatssekretär Franz Thönnies, die Förderung werde „nicht ersatzlos“ auslaufen.

Die nun geplante volle Verlängerung der bisherigen Förderung „in Höhe und Form“ ist die weitreichendste aller diskutierten Varianten. Entsprechend euphorisch fiel gestern die Reaktion bei den Arbeitgebern aus: „Wenn es dabei bleibt, ist das ein äußerst positives Signal für die betriebliche Altersversorgung“, sagte Verbandspräsident Dieter Hundt dem Handelsblatt. Nun bestünden „guten Aussichten“, dass sich der Aufschwung dieser Sicherungssäule fortsetze.

Die Kehrtwende des Sozialministers dürfte durch mehrere Entwicklungen befeuert worden sein. Zunächst hatten sich die Tarif- und die Sozialpolitiker der Gewerkschaften,



Fördert die betriebliche Altersversorgung weiter mit Steuermilliarden: Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD).

die in der Frage bislang unterschiedliche Interessen vertraten, auf eine gemeinsame Linie verständigt. Dann warnten DGB-Chef Michael Sommer und Arbeitgeberpräsident Hundt am 12. Juni in einem Brief an Müntefering, der dem Handelsblatt vorliegt, vor einem drohenden Einbruch bei der betrieblichen Altersversorgung: „Dies ist aus sozialpolitischer Sicht nicht hinnehmbar.“ Ihr Hauptargument: Betriebsrentner müssen auf ihre Bezüge anders als die Inhaber von Lebensversicherungen im Alter die vollen Kranken- und Pflegebeiträge entrichten. Bei einem Wegfall der Förderung in der Ansparphase wäre dieser von der Politik gewollte Vorsorgeweg nicht mehr konkurrenzfähig.

Gleichzeitig gab es erhebliche Bewegung im Lager der Union, wo sich vor allem Rentenexperte Peter Weiß (CDU) für eine Verlängerung der Abgabefreiheit stark macht. Inzwi-

schen unterstützen sämtliche Arbeitsgruppen der Unionsfraktion diese Forderung. Zwar hatte das unionsregierte Nordrhein-Westfalen im Bundesrat bislang nur die Befreiung der Altersvorsorge von den Rentenbeiträgen gefordert. Doch zeichnete sich ab, dass Bayern und Baden-Württemberg die Initiative in der Länderkammer auf die volle Förderung ausdehnen wollten.

Dieser Initiative kommt Müntefering nun zuvor und hält das Heft des Handelns in der Hand. Dies ist auch angesichts der für Mittwoch erwarteten Veröffentlichung erster Ergebnisse einer Studie über die Verbreitung der Altersvorsorge wichtig, die möglicherweise gerade den unteren Lohngruppen mangelnde Rücklagen attestieren wird. „Ich bin hoch erfreut über den Sinneswandel des Ministers“, kommentierte Weiß gestern die überraschende Nachricht. Nach seiner Beobachtung hat es in den vergangenen Wochen in den Koalitionsfraktionen „eine deutliche Trendwende“ zugunsten der betrieblichen Altersversorgung auch in den Koalitionsfraktionen gegeben.

Tatsächlich favorisierten die SPD-Experten zwischenzeitlich ein Modell, bei dem der Arbeitnehmer sich die Sozialabgaben über die Steuer hätte zurückholen können. Doch erwies sich dies als zu kompliziert und teuer für die Staatskasse.

Die Verlängerung der Beitragsfreiheit wird Müntefering freilich Ärger mit seiner Kabinettskollegin Ulla Schmidt (SPD) bescheren. Eine weitere Befreiung der Vorsorgesparer von den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen sei nicht sinnvoll, hatte es zuletzt in ihrem Haus geheißen. Die Bundesregierung beziffert die aktuellen Beitragsausfälle durch die Förderung für sämtliche Sozialsysteme auf 2,4 Mrd. Euro. Allerdings hegen Experten wie der Mannheimer Ökonom Axel Börsch-Supan ernste Zweifel, dass diese Gelder durch eine Beendigung der Beitragsfreiheit wieder fließen würden. Vielmehr hatten sie vor erheblichen Ausweichreaktionen der Beschäftigten und ihrer Betriebe gewarnt.